

haben, diese Infrastrukturen nicht auch noch selbst zur Unzeit, sprich zur Spitzenzzeit, unnötig zu belasten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an die zahlreichen beschlossenen und in nächster Zeit zu diskutierenden milliardenschweren Finanzprojekte wie Fabi bei der Bahn oder die Engpassbe seitigung, die Agglomerationsprogramme und den NAF bei der Strasse erinnern. Diese Projektpakete werden allesamt und schwerwiegender mit den wachsenden Pendlerströmen begründet. Der Bundesrat will den Engpässen während der Spitzenzeiten mit starkem Infrastrukturausbau, also vor allem mit Teer und Beton, begegnen, ohne dass Alternativen wie Mobility-Pricing, intelligente Verkehrssysteme oder eben Home-Office-Arbeit mit der nötigen Konsequenz vorangetrieben werden; das bedaure ich sehr.

Aber auch aus sozial- und insbesondere aus familienpolitischer Sicht wäre es positiv zu werten, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Zeit auf dem Arbeitsweg verbringen müssten und ihre Arbeitszeit flexibler einteilen könnten. Zufriedenere und produktivere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, reduzierter Immobilien- und Flächenbedarf, flexiblere Arbeitsformen und ideale Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben können durch Home-Office erreicht werden.

Aus all diesen Gründen ist diese Arbeitsform gezielt zu fördern. Ich freue mich deshalb sehr, dass der Bundesrat auf meinen Wunsch eingeht und dass er mit seiner Verwaltung eine Vorreiterrolle bei der Anwendung von Home-Office und Telearbeit einnehmen will.

Der Bundesrat erachtet die Festsetzung einer reinen Quote zur Erhöhung des Anteils an Home-Office-Arbeit als nicht zielführend, was ich nachvollziehen und akzeptieren kann. Ich danke aber dem Bundesrat herzlich, dass er Ernst macht und als Folge mein Postulat 13.3358, «Schaffung von Anreizen zur Förderung von Home-Office und Telearbeit in der Bundesverwaltung», zur Annahme empfohlen hat. Unser Rat ist ihm am 27. September 2013 mit deutlichem Mehr gefolgt. Mit diesem Postulat soll eine niederschwelligere Strategie zur Förderung von Telearbeit und Home-Office bei Bundesstellen umgesetzt werden – ich bin gespannt darauf!

Aus diesen Gründen bin ich gerne bereit, meine vorliegende Motion 12.4120 zurückzuziehen.

Zurückgezogen – Retiré

12.4121

Postulat de Courten Thomas. Konsequenzen der Finma-Regulierungen auf den Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Schweiz

Postulat de Courten Thomas. Conséquences de l'activité réglementaire de la FINMA sur la place financière et économique suisse

Nationalrat/Conseil national 16.09.14

de Courten Thomas (V, BL): Ich lege Ihnen die Interessenbindung, die mich zu diesem Vorstoss veranlasst hat, gerne offen. Als Verwaltungsratspräsident einer kleinen, regional tätigen und lokal verankerten Raiffeisen-Genossenschaftsbank bin ich zunehmend konfrontiert mit Regulierungen der Finma, die keinen Unterschied machen zwischen einer regionalen Genossenschaftsbank und einem Shareholder-orientierten, global agierenden Grossbankenkonzern. Bei diesen Regulierungen wird auch nicht differenziert zwischen Kundenstruktur, Geschäftsmodellen, Risikopotenzial oder

Ressourcen dieser komplett unterschiedlichen Finanzmarktteilnehmer.

Genau die Rücksicht auf diese Unterschiede hat sich die Finma in ihrer Regulierungsrichtlinie aber selbst zum Ziel gesetzt, nur hält sie sie nun aber nicht ein. Es stellt sich deshalb die Frage: Wie viel Regulierung braucht der Schweizer Finanzplatz? Wo verläuft die Grenze zwischen sinnvollen Schranken und wettbewerbsverzerrenden Überregulierungen? Das sind die zentralen Fragen, die mit dem Bericht, den ich vom Bundesrat forderte, besser beantwortet werden sollen.

Kein internationaler Finanzplatz könnte sich noch um eine massvolle Umsetzung internationaler Mindeststandards drücken, höre ich den Bundesrat in der Begründung der Ablehnung meines Vorstosses antworten. Das ist richtig. Offen ist aber die Interpretation der Frage, was eine massvolle und was eine übertriebene Umsetzung darstellt. Eine gute Reputation ist für den Schweizer Finanzplatz ebenso wie für die Bankinstitute von existenzieller Bedeutung. Das Finanzgeschäft lebt vom Vertrauen der Kunden. Darum stellt niemand infrage, dass sich alle Marktteilnehmer an ein Regelwerk halten müssen, das Auswüchse, die zu einem Vertrauensverlust führen, möglichst verhindert.

Es ist aber auch eine Tatsache, dass die Finanzmarktaufsicht in den letzten Jahren einen fast nicht zu stoppenden Regulierungseifer an den Tag gelegt hat. Für die Banken hat dies enorme Kosten zur Folge, ohne dass bewiesen ist, dass die zusätzlichen Vorschriften in einem vernünftigen Verhältnis zu ihrem Nutzen stehen. Diese Regulierungen haben auch einen enormen finanziellen und personellen Ressourcenbedarf zur Folge. Die Finma baut einen Kontrollapparat auf, der weitgehend unkontrolliert immer mehr wuchert. Die Kosten dieser Regulierungen lassen sich dabei einfacher beziffern als der Nutzen.

Ich habe den Eindruck, der Bundesrat wie auch das Parlament hätten das Risiko der Überregulierung noch nicht wirklich erkannt. Die breite Kritik aus Finanzkreisen am Übereifer der Finma wird bisher leider leichtfertig als Kampagne abgetan. Dabei wird sowohl von der Aufsichtsstelle als auch von der Politik bisher zu wenig bedacht, dass besonders die uniforme, rein auf global tätige und börsenkotierte Konzerne zugeschnittene strenge Finma-Regulierung eine Aufwanderhöhung zur Folge hat, die lokale Anbieter aus dem nationalen Markt drängt und internationalen ausländischen Playern Vorteile zulasten des heimischen Finanzplatzes verschaffen kann. Für uns ist das ein hausgemachter Wettbewerbsnachteil. Der Regulierungsdruck für die Finanzinstitute lässt auch nicht nach. Es muss deshalb in meinen Augen verhindert werden, dass wir durch einen Alleingang die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes einschränken. In Sachen Regulierung legt die Schweiz Musterschülerambitionen an den Tag, die jene der konkurrierenden Finanzplätze übersteigen.

Fazit: Letztlich wird mit diesem Regulierungsansatz Strukturpolitik betrieben. Kleinere Institute werden durch die wachsende Last der Regulierungen aus dem Markt gedrängt. Statt immer mehr staatliche Kontrollen aufzubauen, sollte man vermehrt auf das in der Schweiz zumeist gut funktionierende System der Selbstregulierung zurückgreifen, welches ein weit besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist als jenes der staatlichen Aufsicht.

Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat unterzieht die Finma in Umsetzung der Postulate Graber Konrad 12.4095, «Externe und unabhängige Beurteilung der Finma», und de Buman 13.3282, «Für eine Verbesserung der Arbeitsmethoden der Finma», zurzeit einer Prüfung. Wir sind daran, diese Aufträge zu erfüllen. Analysiert wird durch Bezug einer externen Expertin insbesondere die Regulierungs- und Informationstätigkeit der Finma, also genau der Bereich, den Herr Nationalrat de Courten anspricht. Wir werden dem Parlament den entsprechenden Bericht Ende des Jahres vorlegen.